

Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

DGB-Jahresauftaktpressekonferenz 2011

Berlin, 13. Januar 2011

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wünsche Ihnen allen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2011 und bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen für die Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr.

Im Zentrum der Arbeit des DGB und der in ihm organisierten Gewerkschaften wird in den kommenden Wochen und Monaten die Auseinandersetzung für eine sozial gerechte Politik für die arbeitenden Menschen stehen. Vieles in diesem Land ist in Unordnung, die soziale Spaltung hat sich immens verschärft.

Wir werden mit der zunehmenden Entsolidarisierung unserer Gesellschaft, der Zunahme von prekärer Beschäftigung und dem Missbrauch der Leiharbeit keinen Frieden machen. Wir wollen eine Gesellschaft in der die Würde der Menschen im Mittelpunkt des Handelns steht und nicht die Profitgier einiger Weniger.

Es stellt sich mit Blick auf das vor uns liegende Jahrzehnt die Frage, ob wir vor einer neuen Zeitrechnung mit einem sozial gerechten Arbeitsmarkt stehen? Weiter fragen wir: Wird der Staat, der sozial gerecht und solidarisch finanziert ist, der Vergangenheit angehören? Werden wir in Zukunft noch in einem Staat leben, der in der Lage ist, die notwendige Daseinsfürsorge für die Bürgerinnen und Bürger zu leisten?

Ohne eine Kurskorrektur ist zu befürchten, dass in Folge der Schuldenbremse und der FDP-Forderung nach Steuersenkungen der Sozialstaat so weit an den Rand seiner Handlungsfähigkeit gedrängt wird, dass Sozialabbau und eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Menschen unausweichlich die Folge sein werden. Die unbegrenzte Fortsetzung der Politik dieser Bundesregierung wird der solidarischen Gesellschaft den Boden unter den Füßen wegziehen. Wir werden die bevorstehende Klausur des Bundesvorstandes nutzen, um über die Aufstellung der Gewerkschaften im neuen Jahrzehnt zu reden.

Ich bin zutiefst überzeugt, dass wir vor einem goldenen Jahrzehnt stehen könnten, wenn wir die Eurokrise in den Griff kriegen, die Finanzmärkte zähmen und eine gerechte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt werden kann. Geschieht dies nicht, befürchte ich eher das Gegenteil. Wir wollen allerdings alles tun, um für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Gute Arbeit sicher und fair zu erreichen.

Wir werden uns in diesem Superwahljahr auch in die Wahlkämpfe einmischen - mit unseren Themen - parteipolitisch unabhängig aber nicht neutral. Im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden wir unsere Forderungen nach Guter Arbeit, starken öffentlichen Leistungen, einem guten Auskommen im Alter, einem solidarischen Gesundheitssystem und qualifizierter Bildung und Ausbildung breit diskutieren und von den Parteien einfordern.

Dazu gehört auch unser Kampf gegen drohende Altersarmut. Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass in der Rentenpolitik noch nicht alle Messen gesungen sind. Die Menschen haben ein Anrecht darauf, in Würde in Rente zu gehen, unter Anerkennung ihrer Lebensleistung.

Wir werden in der Öffentlichkeit und in den Betrieben und Verwaltungen einen breiten gesellschaftlichen Diskurs führen, damit deutlich wird: es gibt vernünftige Alternativen zu der Politik dieser schwarz-gelben Bundesregierung.

In diesem Jahr haben die Wählerinnen und Wähler die Chance, die Karten in der Politik neu zu mischen. Wir werden der falschen Politik der schwarz-gelben Bundesregierung selbstbewusst die Stärke und Kraft der deutschen Gewerkschaftsbewegung entgegen setzen.

Ganz konkret wird sich bis zum 1. Mai zeigen, ob wir die Chance auf eine soziale Erneuerung bekommen oder ob wir vor einem weiteren sozialen Rückbau stehen. Ist diese Bundesregierung bereit, den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro einzuführen und dem Lohndumping und der immer stärker um sich greifenden Ausbeutung der Beschäftigten in diesem Land endlich einen Riegel vorzuschieben?

In 2011 wird sich endgültig zeigen, ob Bundeskanzlerin Merkel zu einer Politik der sozialen Balance willens und in der Lage ist, oder ob die CDU/CSU jetzt nach der Krise zur neoliberalen Politik des Leipziger Parteitages zurückkehrt. Hiervor kann ich die Kanzlerin und ihre konservative Volkspartei nur warnen. Wenn sie meinen, auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Ärmsten und Schwachen einseitige Lobbypolitik machen zu müssen, wird die Quittung bei den anstehenden Wahlen nicht auf sich warten lassen.

Die Menschen werden anhand faktischer Ergebnisse von Politik ihre Entscheidungen treffen. Dazu gehört garantiert auch, dass sie zu Recht erwarten, dass mit Entschlossenheit und Durchsetzungskraft gegen die Finanzmarktspekulanten vorgegangen wird und die Ursachen für die Finanzkrise ernsthaft und nachhaltig bekämpft werden. Richtige Ansätze und Beschlüsse auch auf Ebene der G 20 waren leider bisher nicht mehr als Lippenbekenntnisse.

Auch vor dem Hintergrund der Krise um den Euro ist ein Ende der Spekulationen dringend geboten. Noch ist Zeit zu handeln, noch kann man verhindern, sehenden Auges in die nächste Krise zu schliddern. Ich rufe die Bundesregierung und die europäischen Institutionen auf, Spekulationen gegen die Mehrheit der Menschen, ja gegen ganze Staaten zu unterbinden und endlich den rücksichtslosen Zockern das Handwerk zu legen. Nur so ist Glaubwürdigkeit und Vertrauen zurückzugewinnen.

2011 wird für uns das Jahr sein, in dem relevanten Weichen gestellt werden müssen für Gute Arbeit mit fairer Bezahlung und soziale Sicherheit für die Menschen in Deutschland. Das ist das Mindeste!

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Einschub zu dem Mai-Motto der Gewerkschaften in diesem Jahr: Unser diesjähriges Motto lautet „Das ist das Mindeste! Faire Löhne, Gute Arbeit, Soziale Sicherheit“. Die zentrale Maikundgebung findet in diesem Jahr in Kassel statt.

2011 muss das Jahr sein, in dem Gute Arbeit und faire Löhne wieder das Maß aller Dinge auf dem Arbeitsmarkt sind. Die Kriterien dafür sind klar.

Für uns heißt Gute Arbeit, eine Beschäftigung mit anständigen Löhnen, von denen man leben und eine Familie ernähren kann.

Für uns bedeutet Gute Arbeit sichere Arbeitsplätze, mit fairen Bedingungen und respektvoller Umgang mit den arbeitenden Menschen.

Für uns meint Gute Arbeit, dass die Menschen ein Anrecht auf Arbeit haben, die nicht krank macht, die mitbestimmt ist und es ist eine Arbeit, aus der sich eine existenzsichernde Rente ableitet.

Deutschland braucht keinen Discount-Arbeitsmarkt, sondern Gute Arbeit mit fairer Bezahlung, einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Die Bundesregierung muss ihren Widerstand gegen eine flächendeckende Lohnuntergrenze, die Armutslöhne bekämpfen und zugleich die Tarifautonomie gegen das Ausfransen nach unten schützt, endlich aufgeben.

Die Gewerkschaften werden nicht eher ruhen, bis wir in der Leiharbeit – vom ersten Tag an – das Prinzip ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort‘ durchgesetzt haben und dies im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz fest verankert wurde. Ergänzend dazu muss die Leiharbeitsbranche ins Entsendegesetz aufgenommen und der Leiharbeitsmindestlohn für allgemeinverbindlich erklärt werden. Nur so sind Beschäftigte, egal aus welchem Land sie kommen, vor Lohndumping geschützt. Auch in verleihfreien Phasen.

Die Erkenntnis der Bundesarbeitsministerin, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Mai dieses Jahres einen Mindestlohn in der Leiharbeit notwendig macht, ist richtig und ein schöner Fortschritt. Aber, bekanntlich ist der Fortschritt ja eine Schnecke und Zeit hat diese Bundesregierung schon genug vertan. Den Worten müssen endlich Taten folgen. Hier kann die Bundesregierung schon in diesen Wochen beweisen, ob sie ein soziales Gewissen hat.

Der Einsatz von Leiharbeit muss wieder als Instrument eingesetzt werden, um Auftragsspitzen abzudecken und darf nicht länger zur Bedrohung ganzer Stammebelegschaften missbraucht werden. Denn nach wie vor wird Leiharbeit missbraucht um Arbeits- und Tarifbedingungen zu unterlaufen und Dumpinglöhne zu etablieren.

Leiharbeit ist längst nicht mehr auf Schlachthöfe und Fließbänder begrenzt: Wir finden sie heute bei einfachen wie bei qualifizierten Tätigkeiten. Es gibt schon Ärztinnen und Ärzte, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Journalistinnen und Journalisten, Ingenieurinnen und Ingenieure, Facharbeiterinnen und Facharbeitern, Krankenschwestern und -pflegern und, und, und ... als Leiharbeitnehmer. Auch das so genannte Jobwunder der Bundesregierung findet weitgehend in Leiharbeit und auf dem Rücken der Leiharbeiter statt.

Und verstehen Sie mich nicht falsch, die Menschen, die als Leiharbeitnehmer eingesetzt werden, leisten anständige, gute Arbeit. Aber das Risiko für den betrieblichen Beschäftigungsab- und aufbau wird auf ihren Schultern abgeladen.

Sie müssen flexibel arbeiten und in ständiger Unsicherheit leben, weil „hire und fire“ gang und gäbe ist. Eine langfristige Lebensplanung, größere finanzielle Anschaffungen oder auch das Anmieten einer neuen Wohnung sind unter solchen Gegebenheiten fast unmöglich. Und nicht zu vergessen, Leiharbeiter verdienen in der Regel 30 Prozent weniger als ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen; ungefähr jeder Achte von ihnen ist auf ergänzendes Hartz IV angewiesen.

Eine Politik, die sich der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlt, muss diesen Missbrauch, zu Lasten von einer Million Menschen, die bereits jetzt in der Leiharbeitsbranche arbeiten, bekämpfen.

Leiharbeiter werden sogar als Streikbrecher eingesetzt. In den vergangenen drei Jahren wurden in Tarifikämpfen des Einzelhandels, der Metallindustrie und im Baugewerbe oder bei der Telekom Leiharbeitnehmer von Unternehmen eingesetzt und beschäftigt, um den Arbeitskampf zu unterlaufen. Es darf nicht sein, dass legale Arbeitsniederlegungen durch den Einsatz von Leiharbeitern unterlaufen werden. Ich fordere die Bundesregierung auf, den Einsatz von Leiharbeitern als Streikbrecher gesetzlich zu verbieten.

Wir sagen dem Missbrauch der Leiharbeit, prekärer Beschäftigung und dem Ausbau des Niedriglohnsektors dem Kampf an – eine neue soziale Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist mehr als überfällig. Ich werde dem Bundesvorstand in seiner Klausur vorschlagen, am 24. Februar 2011 bundesweit einen Aktionstag in den Betrieben und Verwaltungen durchzuführen: Gegen Lohndumping – für sichere und faire Arbeit. Es ist an der Zeit, dass der Gesetzgeber endlich handelt und den Missbrauch z.B. in der Leiharbeit beendet.

Wir werden mit einer konzentrierten und konzertierten Aktion aller Gewerkschaften den Arbeitgebern und dem Gesetzgeber den Willen der deutschen Arbeitnehmerschaft eindeutig vor Augen führen. Ich würde mir an Ihrer Stelle den 24.2 im Kalender vormerken.

Wir wollen für alle Menschen Gute Arbeit – sicher und fair!

Wir fordern:

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit ab dem ersten Tag der Beschäftigung.**
- **Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, auf jeden Fall brauchen wir den Mindestlohn in der Leiharbeit nach Entsendegesetz.**
- **Ein Verbot des Einsatzes von Leiharbeitnehmern in Betrieben, die bestreikt werden.**
- **Kein Dauereinsatz von Leiharbeitern in Betrieben und Verwaltungen.**
- **Mehr Mitbestimmungsrechte der Personal- und Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit.**
- **Schluss mit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen.**
- **Wirksame Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit.**

Und gestatten Sie mir knapp zwei Wochen im neuen Jahr noch einen Blick zurück: 2010 hat gezeigt, dass sich gerade durch die gute und verantwortungsvolle Arbeit der Betriebsräte und der Gewerkschaften die Krise nicht in dem erwarteten Maße auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen hat.

Bei der Bewältigung der Krise haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer viele Opfer gebracht. 2011 muss deshalb ein Jahr werden, in dem die Erfolge, die gerade auch die Beschäftigten für die Unternehmen mit erwirtschaftet haben, bei ihnen ankommen. Es ist Zeit, dass sie ihren gerechten Anteil am Wirtschaftswachstum bekommen. Angesichts steigender Kosten die schwarz-gelb den Bürgern aufbürdet, brauchen wir einen Reallohnzuwachs.

Wir brauchen diese höheren Löhne auch für die Ankurbelung und Verstetigung der Massenkauftkraft. Denn es ist ein Irrtum, wenn Regierung und Wirtschaft glauben, nur auf dem einen Bein der Exportwirtschaft stehen zu können. Wir brauchen vielmehr für die Verstärkung des Aufschwungs das Anziehen des Binnenkonsums als zweites Standbein.

Lassen Sie mich, bevor ich das Wort an meinen Kollegen René Rudolf übergebe, noch kurz ein Wort zu den Mitgliederzahlen sagen.

Trotz Krise und demographischer Entwicklung ist es gelungen, die Mitgliederzahlen bei 6,2 Millionen zu konsolidieren und zu stabilisieren. Uns fehlen noch einige wenige Detailzahlen aus dem Dezember, deswegen bitte ich Sie um Verständnis, dass wir ihnen die genaue Entwicklung nachtragen müssen. Sie werden darüber noch im Januar per Pressemitteilung informiert.

Nur so viel: 2010 haben sich Tag für Tag durchschnittlich jeweils 750 Menschen für den Eintritt in eine DGB-Gewerkschaft entschieden. So konnten wir fast alle altersbedingten Mitgliederverluste ausgleichen.

Aber zurück zur Jugend- und Bildungspolitik. Die Kritik der Gewerkschaften an den Missständen unseres Bildungssystems und der Bildungspolitik kennen Sie.

Verlierer dieser verfehlten Politik ist die junge Generation – ihr Berufseinstieg ist prekär und geprägt von Leiharbeit, befristeten Arbeitsverträgen und schlechten Chancen auf Übernahme nach der Ausbildung. 54 Prozent der Erwerbstätigen unter 25 Jahren, arbeiten in

solch prekären Verhältnissen. Ihnen eine anständige Ausbildung und sichere Arbeit zu geben, darin liegt das wahre Potenzial für die Zukunft.

Wir wollten bewusst den Jahresauftakt und die Bundesvorstandsklausur nutzen, um über die Situation der jungen Generation zu reden. Und es ist allemal besser, dass die Jugend für sich redet, statt dass die Alten über die Jugend reden. Deswegen freue mich sehr, Ihnen den DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf vorzustellen.

Ich bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit und stehe Ihnen im Anschluss gerne für Rückfragen zur Verfügung.

Vielen Dank.